Bundesrat will Armee ausbremsen

Autor(en): **Besse, Frederik**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **98 (2023)**

Heft 2

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-1047583

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Bild: VBS

Wird das bei den Bodentruppen Konsequenzen haben? Der Bundesrat will bei der Armee 1,6 Milliarden Franken einsparen.

Bundesrat will Armee ausbremsen

Der Bundesrat sieht grosse finanzielle Schwierigkeiten auf die Schweiz zukommen. Um die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten soll ausgerechnet bei der Armee gespart werden. Insgesamt 1,6 Milliarden in drei Jahren sollen eingespart werden.

Hptm Frederik Besse

Wie gewonnen so zerronnen. Noch im Sommer 2022 war sich der Bundesrat mit dem Parlament einig, dass die Schweizer Armee ab 2030 ein Budget von 1 Prozent des Bruttoinlandproduktes erhalten sollte.

Im Gegensatz zu Deutschland, das mit einem gigantischen Sondervermögen die Bundeswehr auf Vordermann bringen wollte (100 Milliarden Euro), hat sich die Schweiz auf eine langsam wachsende Erhöhung geeignet. Davon ging man bis vor kurzem noch aus.

Der Bundesrat wollte am 25. Januar in Anbetracht der Sparmassnahmen des Bundesshaushaltes nichts mehr davon wissen.

Bund muss sparen

Um ein Milliardendefizit zu verhindern, sollen verschiedene Ausgaben des Bundes gekürzt werden. Neue Einnahmen- und Ausgabenschätzungen werden Ende Januar vorliegen. Der Bundesrat wird die genauen Sparvorgaben daher erst Mitte Februar festlegen können.

Das bedeutet es für die Armee

Bisher war man davon ausgegangen, dass die Armee jedes Jahr ein höheres Budget zur Verfügung bekommen sollte, bis man ab 2030 1 Prozent des BIP erreichen würde. Mit einem «Bereinigungskonzept» will der Bundesrat erreichen, dass die Armee 2030 trotzdem ihr 1 Prozent des BIP bekommt, aber nicht mehr gemäss dem bisher kommunizierten Aufwuchs.

Das SRF rechnet vor, wie das aussehen würde: «Im nächsten Jahr soll der eigentlich vorgesehene Ausbau um 300 Millionen Franken gestutzt werden, im Jahr darauf um 500 Millionen, und in drei Jah-

«Wir brauchen zu jeder Zeit eine einsatzbereite Armee, welche als funktionierendes System den Schutz unseres Landes gewährleistet», schreibt Major Thomas G. Albert. Hier im Bild zusammen mit Nationalrat Mauro Tuena, Präsident SiK NR.

ren soll es gar 800 Millionen Franken weniger geben als im Finanzplan vorgesehen.», schreibt Philipp Burkhardt.

VMG erwartet deutliche Korrektur

Oberst i Gst Stefan Holenstein, Präsident des Verbands Militärischer Gesellschaften Schweiz (VMG), zeigte sich überrascht sowie enttäuscht zugleich. «Sicherheit und Landesverteidigung müssen in Anbetracht der volatilen sicherheitspolitischen Lage erste Priorität haben. Die in den letzten Jahrzehnten kaputtgesparte Armee braucht dringend mehr finanzielle Mittel, insbesondere für die Ablösung der 24 Hauptsysteme der Bodentruppen!»

Unser Land, so die VMG, wende derzeit nur 0,7 Prozent des BIP für die Verteidigung auf, das sei für die reiche Schweiz im europäischen Vergleich beschämend wenig.

Das Parlament habe im letzten Jahr zurecht die Erhöhung des Militärbudgets auf 1 Prozent des BIP beschlossen, was rund CHF 7 Mrd. (heute: CHF 5 Mrd.) entspricht.

Der VMG erwarte deshalb vom Parlament ein deutliches Zeichen gegen den unverständlichen Bundesratsentscheid, d. h. die vom Bundesrat geplanten Kürzungen der Armeeausgaben sind vom National- und Ständerat klar abzulehnen.

KOG Zürich positioniert sich

Anlässlich ihrer Mitgliederversammlung hat sich auch die Offiziersgesellschaft des Kantons Zürich deutlich positioniert.

KOG Zürich Präsident Maj Thomas G. Albert fordert: «Der Bundesrat muss den Entscheid überdenken und das Parlament muss dabei korrigierend eingreifen.»

Die gegenwärtige sicherheitspolitische Lage verlange nach mehr finanziellen Mitteln, mehr Material und mehr Personal. Die Fehler und Unterlassungen der letzten Jahrzehnte müssen korrigiert werden.

«Wir brauchen zu jeder Zeit eine einsatzbereite Armee, welche als funktionierendes System den Schutz unseres Landes gewährleistet. Ein knappes Jahr nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine wurde zwar viel in Aussicht gestellt, aber, mit Ausnahme der durchgezogenen Beschaffung des F35, noch wenig verbindlich umgesetzt. Es ist nun Zeit zu handeln!», hält Thomas G. Albert fest.

Parlamentarier unzufrieden

Die beiden Präsidenten der Sicherheitspolitischen Komissionen des National - sowie Ständerats kritisierten ebenfalls die Planung des Bundesrates. Ständerat Werner Salzmann (SiK-SR) sowie Nationalrat Mauro Tuena (SiK-NR) lehnen Kürzungen beim Armeebudget ab.

Wie weiter?

Der Missmut von weiten Kreisen der Bürgerlichen sowie von führenden sicherheitspolitischen Meinungsmachern könnte dem Bundesrat zum Verhängnis werden, denn das Parlament hat das letzte Wort in dieser Sache.

Ein erneuter Streit um das Armeebudget, während ein Krieg in Europa tobt, zeigt auch auf, dass insbesondere das VBS, aber auch die Armee die Kommunikation intensivieren muss.

Im Zentrum dieser Kommunikation sollten nicht Zahlen sondern Fähigkeiten stehen. Die Armee hat die nötigen Grundlagenberichte erstellt, es fehlt noch an der konkreten Darstellung und einer klaren Prioritätensetzung, welche Fähigkeiten wiedererlangt oder bewahrt werden müssen.

Bilder: ZvG

«Sicherheit und Landesverteidigung müssen in Anbetracht der volatilen sicherheitspolitichen Lage erste Priorität haben», argumentiert Stefan Holenstein, Präsident VMG.